

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird halbjährlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Torauerstr. 22, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnort 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Anzeigenteil 15 Goldpf., einseitig umschrieben, Schmierpapier, und, lateinischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag um Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezähle.

Nr. 3.

Wittwoch, den 9. Januar 1924.

27. Jahrg.

Frankreichs franke Währung.

Die Wirtschaftspolitik Frankreichs mit ihrer antinationalen Tendenz, die Pläne eines kontinentalen Blockades nicht bloß politischer, sondern auch produktions- und verteilungspolitischer Art gegenüber dem anglo-amerikanischen Weltmarkt haben nun zum offenen Kampfe geführt, der ein langames aber stetiges Abwärtssinken des Frankens zu sich bringt. Denn — und das muß gegenwärtig allen französischen Landesbewohnern scharf unter den Augen werden — der Kampf gegen den Franken geht von London aus, und wenn die andern Weltplätze dieser Bewegung nachgeben, so erfüllt sich wieder einmal die nun so oft schon erlebte Erscheinung, daß eine Währung, die einmal ins Aussehen gekommen ist, nur sehr schwer stabilisiert, noch schwerer aber wieder in die Höhe gebracht werden kann. Höchstens nur durch Maßnahmen, die tief einschneidender Natur, wie sie in Deutschland, in Österreich und in Rußland getroffen wurden.

Sicherlich aber nicht durch die rein äußerlichen Maßnahmen, die man jetzt in Paris ankündigt. „Le Boche payera tout, der Boche wird alles bezahlen“, das war ja das Schlagwort gewesen, mit dem man jetzt schärfere Ansprüche der Steuerbehörde für unmöglich erklärte. Ganz anders wie das doch auch „steigende“ England, das längst nicht so gewaltige Verluste an seinem Volkvermögen erleidet hätte wie seine Kampfgenossen, aber eine ganz gezielte Steuerpolitik auf sich nahm, mit Amerika einen Schuldenplan vereinbarte und sich so wieder „erhöhen“ machte. Frankreich hingegen hat für die Wiederherstellung seines zerstörten Ost- und Norddepartements ganz genaue Summen — wobei durch Beiträge die Forderungen noch emporgeschraubt wurden — verbraucht, die nun durch die deutschen Reparationszahlungen heringebracht werden sollten. Darum war das Schicksal der deutschen finanziellen Kräfte aus englischer Verknüpfung mit der französischen Währung, und es ist deutlich in der französischen Devisenliteratur mit Recht darauf hingewiesen worden, daß bei der Aufgabe des deutschen Widerstandes am Rhein und an der Ruhr der Frankensitz, weil man an ein längeres Zusammenarbeiten Deutschlands und Frankreichs auf wirtschaftlichem Gebiete glaubte. Dieser Glaube hat aber getrogen; denn an die Stelle eines solchen Zusammenarbeitens trat eine systematische wirtschaftliche Anbelagerung und Abundanz der deutschen Wirtschaftskräfte. Das kann denn höchstens zu einer augenblicklichen, aber nicht zu einer wirklich fortlaufenden Stärkung der Wirtschaftskraft Frankreichs führen, muß vielmehr die Auswirkungen auf eine demnachträgliche oder spätere Bilanzierung des Defizitbudgets für die Reparationszahlungen immer illusorischer machen. Und erleidet dadurch den wirtschaftlichen Kampf namentlich der englischen Industrie gegen den französischen Konsumrenten.

Vor diesem Angriff verhielt man in Paris nicht mehr die Augen; wir brauchen die französischen Verbindungen, auch als seien wir die Schuldigen am Frankensitz, nicht übermäßig tragisch, kaum als ernsthaft zu nehmen. Für uns ist es aber von gewissem Interesse, daß man nun in Frankreich — genau wie seit Jahren bei uns — bedauerlich an den Symptomen herumbockert, den Kampf gegen die Spekulation“ eröffnet. Schon klagt der Reichspräsident seiner Landesteile, die in Dollars und Pfunden „spekulieren“. Viel richtiger weist die sozialistische „Humanität“ darauf hin, daß das Einlenken des Frankens gerade vor einem Jahr begonnen habe, nämlich bei Beginn des Ruhrkampfes. Weil dieser den Beginn der Differenzen mit England bedeutete. Frankreich habe — das mag hier eingeschaltet werden — bisher noch nicht einen Centime seiner Schulden an England und Amerika bezahlt. Der Frankensitz ist jetzt gerade halb so viel wert wie vor einem Jahre!

Und gegen diese naturgemäße Entwicklung werden alle die schönen, von uns bereits ausprobierten und mit größtem Mißerfolg begleiteten rein finanziellen Maßnahmen der französischen Regierung nur für den Tag helfen, die Entwicklung aber nicht hemmen. Der französische Rentier sieht seine Rente schwinden, — aber ob eine Regierung, die in ein paar Monaten mit Remittanten zu rechnen hat, sich jetzt zu dem sehr unpopulären Mittel scharfer Steuererhöhungen wird entschließen können — und nur die Bilanzierung des Etats ist eine wirkliche „Währungsaktion“ der Währung — muß sehr zweifelhaft erscheinen.

Eines aber müssen wir uns vor Augen halten: die Leidtragenden sind wir. Denn Frankreich wird versuchen, aus uns herauszupressen, was ihm über die Verlegenheiten hinweggehen zu können scheint. Also ist es für

uns billiger sein zu sein, am liebsten einen Genossen zu haben.“ Denn gerade jetzt hat den Rabien wird man alles daran setzen, das „la Boche payera tout“ wenigstens teilweise zur Wahrheit zu machen.

Kernerlei deutsche Einwirkung.

In einer Meldung des Berliner Verkehrs des „Berliner Postboten“, nach der in Frankfurt a. M. auf einer Konferenz deutscher Bankiers die Generalassistenten gegen die französische Währung beschlossen und vorbereitet worden sei, wird von ausländischer Seite erklärt, daß in Frankfurt keinerlei beratende Konferenz von Bankiers stattgefunden hat. Die ganze Meldung muß in das Reich der Fabel verwiesen werden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Erfahrungssprüche gegen Deutschland.

Vor dem gemischten Schiedsgericht, das aus einem belgischen, einem deutschen und einem Schweizer Richter besteht, wird in Paris zum ersten Male über die Erfahrungssprüche verhandelt, welche die Vereinigung der während des Krieges nach Deutschland gebrachten belgischen Arbeiter stellt. Die Vereinigung zählt 80 000 Mitglieder. Es wird zunächst über zehn Fälle verhandelt. In denen die Kläger ihre Ansprüche nachweisen wollen. Sollten die Ansprüche anerkannt werden, so werden die übrigen Mitglieder der Vereinigung ebenfalls ihre Forderungen geltend machen. Dem Ausgang der Angelegenheit ist also besondere Wichtigkeit zuzumessen.

Zurückgegangene Kohlentransport-Erlasse.

Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission, nachdem mit dem Rheinlandsyndikat ein definitives Abkommen abgeschlossen wurde, sämtliche Erlasse hinsichtlich des Kohlentransportes innerhalb des besetzten Gebietes zurückgezogen.

Weitere Verkehrsvereinfachungen im besetzten Gebiet.

Nach Mitteilung der Düsseldorf Handelskammer ist im Grenzverkehr auch für die Bewohner des besetzten Gebietes Insofern eine Erleichterung eingetreten, als die zur Ausreise aus dem französisch besetzten Gebiet erteilten Erlaubnisbescheine in Zukunft für die Dauer von einem Jahre gültig sein sollen.

Unsicherheit auf der Regeldahn.

Umfangreiche Sendungen von frischem Fleisch nach dem besetzten Gebiet sind während des Transports auf der französischen Regeldahn völlig verkommen. Die Regeldahn leidet für Verlust und Beschädigung von Frachttier jede Haftung ab. Diese Unsicherheit im Betriebe der Regie ist geeignet, die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes in Industriegebietes erheblich zu beeinträchtigen. Bisher ist es der französischen Regie nicht gelungen, diesem Uebel abzuwehren.

Umtausch preussischen Reichsgeldes.

Berlin, 7. Januar. Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Verschiedene Anfragen geben Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die die anderen Reichsbildner auch die Reichsbankverwaltung das werbefähige Reichsgeld des Reichsbankens grundständig in Zahlung nimmt. Nur soweit Einzahlung in Rentenmark ausdrücklich vorgeschrieben ist, also im Reichsbankverkehr und Rentenmarkausstellungsbereich, wird das Reichsgeld nicht angenommen. Zur Erleichterung des allgemeinen Zahlungsbereichs sind jedoch alle staatlichen Stellen angewiesen, soweit dies die Geldbedürfnisse, jedem Auswärtigen auf Wunsch das preussische Reichsgeld in Rentenmark oder Papiermark umzutauschen.

Um die Ausweitung der Hypotheken.

Berlin, 7. Januar. Der Reichsratsausschuß, der sich heute mit der Frage einer eventuellen Ausweitung der Hypotheken beschäftigt, sollte sich nicht zusammensetzen. Die Sitzung ist auf Montag, den 14. Januar, verlegt worden.

Die Industrieverträge im Westen.

Berlin, 7. Januar. Das ausländische Export im Reichsbankministerium für Wiederbau ist jetzt damit beschäftigt, das gesamte Material über die bisher abgeschlossenen Verträge zu sammeln. Den Anstoß hierzu haben die Nachrichten aus dem besetzten Gebiet gegeben, wonach bedingt ist, in der nächsten Zeit mit anderen Industrieverträgen, mit denen noch keine Verträge abgeschlossen sind, Verhandlungen über den Nachschub besonderer Abkommen zu eröffnen.

Beschäftigung von Abgeordneten in Stuttgart.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Datz und der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Paul Müller wurden in Stuttgart noch weiteren vier ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen Partei von der Kriminalpolizei verhaftet. Von den Festgenommenen wurden alle, mit Ausnahme des Reichstagsabgeordneten Datz wieder auf freien Fuß gesetzt.

Deutsch-Österreich.

Finanzstelle Genöschung. Der Monat Januar beschränkt den Beginn der dritten Epoche des Sanierungsplans, 2,8 monatliche Defizit, das im Oktober 1923 28 Millionen Goldkronen betrug, und nach dem Plan im ersten Halbjahr 1924 auf durchschnittlich 23,5, im zweiten auf 13,2 Millionen Goldkronen monatlich herabgedrückt werden sollte, hat in Wirklichkeit im ersten Halbjahr 1923 nur 14,3 monatlich und im Durchschnitt der ersten drei Monate des zweiten Halbjahres nur 7,4 Millionen Goldkronen monatlich betragen. Für den Januar 1924 beläuft sich der Voranschlag in den Ausgaben auf 591,8 Milliarden, in den Einnahmen auf 512,7 Milliarden Papierkronen, das sind etwas über 5 Millionen Goldkronen.

Japan.

Bombenanschlag auf den Kaiserpalast. In Tokio fand vor dem Palast in Abwesenheit der kaiserlichen Familie eine Amalgambombe statt, in deren Verlauf ein Koronar einer Bombe schloßerte, die jedoch nicht explodierte. In seinem Heiß sollen drei weitere Bomben gefunden worden sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Vorschlag hat durch Bemittlung der Gemahlin des besetzten Reichspräsidenten beim Kaiser, Frau von Bergen, der „Mittlerlichen Hilfe“ in Berlin eine Spende von 10 000 Lire zugehen lassen.

Duisburg. Der Aufenthalt des Separatistenführers Doretz in Duisburg wurde durch die belgischen Besatzungsbehörden als unerwünscht bezeichnet.

Paris. Die vorgenannten Senatspräsidenten haben, von mehreren Verordnungen abgesehen, die durch den bisherigen Reichstag der Parteien wiederhergestellt.

Paris. „Chicago Tribune“ erzählt aus Athen, daß Prinz Cyril und die Prinzessin Alexandra bereits in Sofia angekommen seien. Der Erzarskerband sei auch auf dem Wege nach der bulgarischen Hauptstadt, wo man „aller Eile einen Pakt seines Schloßes inlaßende.“

Brüssel. Am 1. Januar wurde einstmals zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. Als er die Kammer verließ, wurde er von einem Unwohlsein befallen und mußte nach Hause gebracht werden.

Zwist in der sächsischen Sozialdemokratie

Gelds Austritt gefordert.

Dresden, 7. Januar. Am Landtagsgebäude fand der Sozialdemokratische Landesspartetage in Anwesenheit von 104 vorwiegend radikalen Teilnehmern statt. Aus Berlin waren die Abgeordneten Weiß, Dittmann und Hifferding erschienen. Zur Verhandlung stand die in diesen Tagen vor sich gegangene Wählung der sog. großen Koalition und die dadurch erzielte Ernennung des Ministeriums.

Der Parteitag verlief außerordentlich hitzig und es machte sich sogar zeitweilig eine Unterbrechung der Sitzung notwendig. Nach längeren Debatten, in der namentlich die radikale Richtung den Standpunkt mit größter Energie vertrat, daß die sozialdemokratische Fraktion sich an der großen Koalition nicht beteiligen dürfe, wurde mit einigen 70 gegen einigen 20 Stimmen eine Resolution angenommen, in welcher der am Freitag gewählte sozialdemokratische Ministerpräsident Heldt aufgefordert wird, von seinem Amt sofort zurückzutreten. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, für die Auflösung des Landtags mit allen Mitteln einzutreten. Namens der gemäßigten Fraktionsmehrheit gab der Fraktionsvorsprechende Witzsch eine Erklärung ab, daß sie den fordern gefassten Beschluß nicht anerkennen, ihn also auch nicht befolgen werde, daß sie sich vielmehr an den Reichsparteitag wenden wollen, der Ende März stattfindet. Auf Anregung von Leipzig wurde weiter ein Antrag angenommen auf Ausschluß derjenigen Mitglieder, die die Opposition von rechts bilden und die ein eigenes Mitteilungsblatt gegen die Sozialistenspartei von links herauszugeben hätten.

Nach der Erklärung Witzschs verließen die gemäßigten und die aus Berlin eingetroffenen Mitglieder der Partei, Silberling, Weiß und Dittmann, demontrierten den Saal und bestanden sich an den ferneren Beratungen nicht mehr.

Ministerpräsident Dewo wird.

Eine amtliche Dresden-er Mitteilung besagt, der sozialdemokratische Landesparteitag habe beschlossen, daß der am 4. Januar gewählte Ministerpräsident zurücktreten soll und Mayer folgt.

Ministerpräsident Gebel ist nicht in der Lage, diesem Beschlusse Rechnung zu tragen. Nach Art. 27 der Verfassung hat lediglich der Landtag über das Verbleiben der Minister im Amte Bestimmung zu treffen. Wollte Ministerpräsident Gebel von sich aus zurücktreten, so würde eine Unterbrechung der Regierungsgeschäfte eintreten, für die er nicht die Verantwortung tragen kann.

Nach der Verfassung wird bis zur Neuwahl einer Regierung die bisherige Regierung die Regierungsgeschäfte als geschäftsführendes Kabinett weiterführen. Ein Kabinett ist aber noch gar nicht vorhanden, sondern lediglich der Ministerpräsident. Würde der Ministerpräsident jetzt zurücktreten, so wäre überhaupt keine Regierung in Sachsen vorhanden. Es müßte, wenn notwendig, das Reich für die Bestellung einer verantwortlichen Regierung besorgt sein oder die Militärbehörde die Regierung übernehmen.

Die Vermögenssteuer.

Bemerkungen eines Steuerfachmanns.

Auf Grund des Vermögenssteuergesetzes vom 8. April 1922 wurden zu Beginn des Jahres 1923 sehr umfangreiche Steuererklärungen gefordert, welche bei Mängel und Kopierstehlen machten. Einzelne der schon damals sehr einseitigen Gebotenerwartung waren Mängel über die Bewertungsvorschriften notwendig, und diese Mängel wiederum mußten dauern abgeändert werden. Die ganze mühselige Arbeit war zum größten Teil bereits geschehen, denn die Steuer ist auf Grund dieser Einbringung nicht mehr zu bezahlen. Zur Zeit der Zwangsanzahlung wurde danach bezahlt und die sog. Protokollgabe wurde darauf berechnet. Die Erhebung und Veranlagung der Vermögenssteuer selbst ist durch die Verordnung vom 11. Oktober 1923 aufgeschoben worden. Namentlich ist das Gesetz wieder in Kraft gesetzt, allerdings mit verschiedenen sehr wesentlichen Änderungen.

Die Steuererklärung wird vorläufiglich im Februar gefordert werden, der Termin ist noch nicht endgültig festgesetzt. Die Stichtag für die Festsetzung des Vermögens gilt der 31. Dezember 1922. Kaufleute, sowie alle sonstigen Personen und Gesellschaften, welche kaufmännische Bücher zu führen verpflichtet sind, oder solche freiwillig führen, haben für den 31. Dezember 1923 eine Bilanz aufzustellen, welche als Grundlage für die Vermögenssteuer gelten soll. Die Bilanz ist in Goldmark aufzustellen.

Auch für diejenigen Unternehmen, welche ein vom Kalendertage abweichendes Geschäftsjahr haben, gilt als Stichtag der 31. Dezember 1923. Wenn in der Zeit zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember eine Inventur aufgenommen worden ist, so kann man sich die Neuaufnahme einer Inventur für den 31. Dezember erproben und die bereits vorhandene Inventur verwenden. Die darauf jedoch nur geschäftlich hinsichtlich der Art und Menge der vorhandenen Gegenstände. Die Preise und Werte sind trotzdem einzusetzen nach dem Stande vom 31. Dezember. In der Praxis wird es nicht ratsam sein, diesen Vorbericht Gebrauch zu machen, sondern es wird sich empfehlen, durch eine Neuauflage für den gesetzlichen Stichtag vorzunehmen.

Für die Wertermittlung, welche ja durchgängig nach Goldmark zu erfolgen hat, sind verschiedene Bestimmungen getroffen. Grundstücke sind mit dem Wertverhältnisswert einzusetzen, wobei allerdings der sehr defizitäre Nachschub vorhanden ist, daß zur gleichmäßigen Verteilung noch Bestimmungen über die Berücksichtigung des Wertverhältnisswertes erlassen werden sollen. Aber Grundstücke, die erst nach 1914 errichtet sind, liegt das Gesetz zunächst nicht. Es sind aber dem Reichsfinanzminister 10 viele Nachforschungen in die Hand gegeben, daß er alle Bestimmungen selbständig regeln kann.

Für Anlagekapital, das zu einem Betriebsvermögen gehört, also Maschinen, Inventar, Betriebsgerätschaften und Wert in Ansehung und Herstellung aufzuwenden 1913 zur Anschaffung oder Herstellung aufzuwenden gewesen. Abrechnungen für Abrechnungen sind vorzunehmen. Für Waren, Rohmaterialien, Fertigfabrikate usw. ist der Preis zu nehmen, welcher zur Anschaffung oder Herstellung am 31. Dezember 1923 aufzuwenden war. Wertpapiere sind zum Kurswert vom 31. Dezember 1923 anzusetzen, ebenso Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung.

Deutsche Worte für unsere Zeit.

Die Zeit ist schlimm, die Welt ist farg,
Die Besten weggerafft.
Die Erde wird ein großer Saag,
Der Freiheit und der Kraft.
Doch Mut! — Wenn auch die Tyrannen
Die deutsche Flur zertrat:
In vielen Herzen, still und treu,
Reimt noch des Guten Saat.
Theodor Körner.

Jezungen und Schicksal.

1) „Niemals! Wenn du es glaubst, so kennst du deinen eigenen Vater weniger als ich ihn kenne!“ wehrte Herbert mit einer Gebärde ungläubigen Widerwillens ab.
„Und Liane, deine Schwester?“
Die hat kein Herz in der Brust. Ich bin verloren, wenn du auf deinem Sturzahn beharrst.“
Und noch einmal schilberte er bis in alle Einzelheiten seine Lage. Man rief ihn und her; Werner wollte fest bleiben, obwohl ihm das Herz blutete und das Willens härter war als seine Vorfälle. Er mußte einsehen, daß der Freund in seiner heutigen Gemütsverfassung tatsächlich zu einem Selbstmord fähig war. Da wurde er schließl. weid und gab nach. Am Ende war das Unrecht wirklich nicht so groß, wenn er auch ganz und gar nicht in seines Chefs Sinne handelte. Ein Menschenleben! Und Herbert stand ihm so nahe; er war Lianes Bruder.
Unter Tränen wußte er sich jetzt an die Brust. „Es wird gut werden“ — Sobald die Eltern zurück find, fahre

Alle diese gesetzlichen Bestimmungen können aber noch vom Reichsfinanzminister umgeändert und abgeändert werden. Seine Nachforschungen sind nahezu unbefruchtet. Es bleiben somit die Ausführungsbestimmungen abzuwarten, aus denen sich die tatsächlichen Mängel über die Bewertung der Werte erst ergeben werden. Bei Erwerbengesellschaften soll das Vermögen nicht nach den Bilanzwerten, sondern nach dem Steuerfahndwert ihrer Anteile, Genusscheine und Schuldverschreibungen berechnet werden. Dies wird werden dann bei den Inhabern dieser Anteile Genusscheine und Schuldverschreibungen nur mit der Hälfte des Wertes angesetzt.

Die Vermögenssteuer beträgt bei Vermögen bis zu 25 000 Goldmark 3 Mark für 1000 Mark. Bei Vermögen von 25 000 bis 50 000 Goldmark 4 Mark für 1000 Mark und bei Vermögen über 50 000 Goldmark 5 Mark pro 1000 Mark. Vermögen, die den Betrag von 5000 Goldmark nicht erreichen, bleiben überhaupt steuerfrei. Zu der Vermögenssteuer wird aber während der nächsten 15 Jahre noch ein Zuschlag erhoben, jedoch nur dann, wenn das gesamte steuerbare Vermögen 100 000 Mark übersteigt.

Dieser Zuschlag beträgt bei Vermögen bis zu 500 000 Mark 20 %, bei Vermögen über 500 000 bis zu 2 Millionen 30 %, bei Vermögen über 2 Millionen bis zu 5 Millionen Goldmark 40 % und bei noch größeren Vermögen 50 % der Vermögenssteuer. Die Steuer ist also an und für sich nicht unerträglich hoch. Ein kurzer Zeit unter Berücksichtigung der Zuschläge stellt sich wie folgt:

Vermögen bis	von	5 000 M.	bis	25 000 M.	frei
..	..	5 000	25 000 ..	8 %
..	..	25 000	50 000 ..	4 %
..	..	50 000	100 000 ..	5 %
..	..	100 000	200 000 ..	6 %
..	..	200 000	500 000 ..	7 %
..	..	500 000	1 000 000 ..	7 1/2 %
..	..	1 000 000	2 000 000 ..	7 1/2 %
..	..	2 000 000	5 000 000 ..	7 1/2 %
..	..	5 000 000	7 1/2 %

Die Veranlagung gilt für drei Jahre und wird in den nächsten Jahren in vier Quartalsraten zu entrichten sein. Im Jahre 1924 dagegen ist die Hälfte bis zum 29. Februar zu zahlen, ein Viertel am 15. August und ein Viertel am 15. November. Die Zahlung vom 29. Februar richtet sich nach der Steuererklärung. Ist eine solche bis zu dem Termin noch nicht abgegeben, so beträgt die bis zum 29. Februar zu leistende Zahlung das Dreifache der am 1. Januar gefälligen Protokollgabe.

Alle sonstigen Bestimmungen des Gesetzes können hier nicht näher geschildert werden. Erwähnen will ich mir, daß der Dreimonatsabzug ganz neu geregelt ist. Nur wenn von Einnahmen aus Gehältern, Röhnen und Zinsen, welche im letzten Quartal des Jahres 1923 bezogen worden sind, am 31. Dezember noch Verbindliche Zahlungen vorhanden sind, darf ein Abzug für den Bedarf der ersten drei Monate des Jahres 1924 gemacht werden. Die Veranlagung zur Vermögenssteuer auf Grund dieser neuen Bestimmung wird jedenfalls auch die Grundlagel bilden für die Befreiung des Vermögens von 25 000 M., welche nach dem Gesetz vom 8. April 1922 vermüthlich nach drei Jahren zu erheben sein wird. In der vorliegenden Gesetzesvorlage ist hieron nichts erwähnt, doch ist das selbstverständlich vorzuzusetzen. Man muß dies im Auge behalten, um zu vermeiden, daß bei Vermögensbesitz, die jetzt etwa zu niedrig bewertet worden sind, später ein erheblicher Vermögenszuwachs zuungunsten tritt.
Martin Horwitz, beidseitiger Wirtschafter, Breslau.

Hypothekenaufwertung.

Um 10 Prozent!

Aber die dritte Steuererhöhung sind von neuen Bestimmungen mit den Ländern fast, aus denen der Entwurf wohl mit nachstehenden Änderungen in bezug auf die Aufwertungsfrage der Hypotheken und die Mietssteuer hervorgehen dürfte.

Wie behauptet wird, sei die Mietswert der Reichsregierung, die Hypotheken bis höchstens 10 % des Nominalwertes in Gold aufzuwerten, darauf zurückzuführen, daß das Reich möglichst rasch in den Besitz großer Steuererinnahmen kommen will. Die Frage der Aufwertung ist auf diese Weise eine rein taktische Frage geworden. Man habe wegen der Untragbarkeit der Friedensrenten bei gleichzeitiger 50prozentiger Wegfertigung Bedenken bekommen, daß die aus der Mietssteuer sich ergebenden Einnahmen nicht den Erwartungen entsprechen würden und außerdem eine außerordentliche Erhöhung der schwachen Kreise des Mittelstandes und der gesamten Arbeitnehmererschaft zur Folge haben würden. Da man aber auf die Einkünfte aus staatsfinanziellen Gründen nicht

glauben verzichten zu dürfen, soll auf dem Wege der Hypothekenaufwertung, die größtenteils steuerlich erfaßt würde, der Hausbesitz gewissermaßen zu einer Vermögenssteuer herangezogen werden und so auf diese Weise den Teil des Ertrages der Mietssteuer vorweg herauslagern, der gegenwärtig nur unter den größten Notwendigkeiten und Schwierigkeiten zu erhaschen wäre.

Ebert an die Jugendverbände.

Für des Reiches Einheit und Geschlossenheit.

Der die deutschen Jugendvereinigungen umfassende Ausschluß der deutschen Jugendverbände hatte dem Reichspräsidenten im November v. J. eine Kundgebung, enthalten ein Verzeichnis und eine Mahnung zur Einheit und zum Kreuze zum gemeinsamen Vaterlande, übermietet. Reichspräsident Ebert hat darauf in einem Schreiben geantwortet aus dem folgenden hervorgehoben ist:

Das junge Deutschland hat feierlich die Grenzen unserer Landes gezogen, es hat in jüngerer Zeit mit einem großen Eifer die Einheit und Geschlossenheit sich für das Reich in Selbstaufopferung und Erkenntnis der Notwendigkeit, Einigkeit und Schlichtheit zum Grundlag des persönlichen Lebens erhoben; es hat in den letzten Wochen mit beiderseitiger Selbstverständlichkeit die Not im Volke zu lindern gesucht; und es hat in eigener materielle Sorgen und Kummerzeiten doch nicht veräußert, seine keuschen Tugenden zu hüten und Heimatliche und Heimatliche zu pflegen. Deutsche Jugend! Erhalte und harte in dir diesen Gemeinnut und diesen Idealismus! Die Selbstbestimmung des deutschen Volkes wird aber nur dann lebendiger und dauernder Kraft des ganzen Volkes werden, wenn die junge Generation die dafür nötigen Eigenschaften durch die deutsche Jugendbewegung in sich heranbringt; gesundes Nationalgefühl, staatsbürgerliche Gesinnung, das Bewußtsein der Verantwortung vor der Gesamtheit, das in Les Mitleidempfinden und nicht zuletzt die Achtung vor der Menschwürde und der christlichen Überzeugung anderer deutscher Volksgenossen.

ges. Ebert.

Sicherung der Wahlfreiheit.

Zufimmung der Reichsregierung.
Der Reichsausschuß des Reichstags hat am 22. Dezember 1923 eine Entschließung angenommen, wonach vom Tage der Ausfertigung der Wahlen bis zu ihrer Beendigung auch für verbotene Parteiorganisationen die Gründung von Vereinigungen ausschließlich zur Vorbereitung der Wahlen zulässig sei und Versammlungen und Versprechungen auch für sie nur im allgemeinen strafrechtlichen und polizeilichen Bestimmungen unterliegen. In dieser Entschließung hat der Reichsausschuß für die Reichsregierung in einem Schreiben an den Präsidenten des Reichstags die Stellung genommen. In dem Schreiben, in dem ausgeführt wird, daß Verbot unterliege lediglich die äußere Betätigung des organisierten Zusammenschlusses derjenigen, die der verbotenen Partei angehören, hindere dagegen nicht, der politischen Gesinnung durch Wahlbestimmter Bewerber für parlamentarische Körperlichkeiten Ausdruck zu geben. Der Artikel 125 der Reichsverfassung enthält die Bestimmungen über die Wahlfreiheit und Wahlfreiheit nach den näheren Bestimmungen der einzelnen Landesgesetze. Dieses Wortlaut der Reichsverfassung könne auch durch eine Maßnahme auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht außer Kraft gesetzt werden. Aus dem Grundlag der Wahlfreiheit ergibt sich, daß das Verbot einer Organisation nicht die Wirkung haben könne, wahrheitsgemäße Personen, welche die von der Organisation vertretenen politischen Anschauungen teilen, in der Ausübung ihres Wahlrechts oder an der Vorbereitung der Wahl zu hindern.

Die nach der Verfassung im Falle des Ausnahmestandes zulässigen Beschränkungen der Wahlfreiheit können auch in einer Genehmigungspflicht für Kandidaten bestehen. Dabei soll während der Wahlzeit die Genehmigung nur dann verweigert werden, wenn nach dem Inhalt des Kandidaten auf einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung hingewirkt wird.

ich nach Hamburg, um Wohlheit noch einmal mündlich zu sagen, was ich dir bereits in langen Briefen auseinandergesetzt habe. Sie muß es begreifen, sie wird zur Einsicht kommen und sich belächeln lernen. Du aber, Bruder, gib mir dein Wort darauf, daß du zu niemanden über das, was unser Geheimnis bleiben muß, sprechen wirst, weder über mein Geländnis, noch über das Geld.

„Diese Forderung würde mich kränken, Herbert, wenn ich nicht sähe, in welchem Zustand heftigster Aufregung du dich immer noch befindest.“ antwortete Werner darauf. „Ich meine, es ist ganz selbstverständlich, daß ich meine Unterwerfung nicht in die Welt posaune. Zu den Schwächeren zähle ich niemals. Sei also beruhigt: ich bin verschwiegen wie das Grab und verhalte mich. Du gibst mir ja dein Ehrenwort, daß du deinen Vater selber in einigen Wochen austreten und mich damit entlassen wirst.“

Wie ich der gestrenge alte Herr dann zu der Angelegenheit stellen wird, ob er mich nicht etwa vor die Tür setzt, bleibt abzuwarten. Von anderer Seite kann er über die Zahlung der zehntausend Mark nach menschlicher Berechnung nichts erfahren. Willst du mich übermorgen nach Amerika ab, aber aber hält seinen Mund, dessen dürfen wir sicher sein. — Und nun gebe ich dir den guten Rat, Herbert: lege dich zur Ruhe. Du siehst jählichlich aus, würdest dich selber im Spiegel nicht erkennen.“

„Werner es wird die Stunde kommen, da ich dir meine Lebensrettung danken darf.“ Man es heißt aber des nun völlig ergrübelt auf die Bank niederstinkenden Lippen. — „Ich werde mich aufrufen und will wieder ein Mann sein! Du sollst mich nicht noch einmal einen erbärmlichen Schwächling scheinen. Oh, wie das brodeln und zischt in meinem Kopf! Es ist, als tobten tausend Teufel darin. Da ich will

geben und zu schlafen versuchen. Morgen hoffe ich als ein anderer vor dir zu stehen.“ — Hattig leerte er sein Glas, erhob sich mühsam wie jemand, dem alle Glieder schmerzen, und wandte unsicheren Schrittes in die Villa. — Werner sah, den Kopf auf die Ellenbogen gestützt, allein in der Springenlaube. Wohl sagte er sich immer wieder, er handle nur menschlich, er könne nicht anders, doch es war ihm trotzdem, als ballten sich am blauen Waisenhimmel schwarze Wetterwolken über ihm zusammen, alles müsse ein furchtbares Ungewitter hereinbrechen. Ueber dem linken Grün der Buchenwälder verblühte jetzt der sintende Sonnenball in einem lodernem Flammenmeer. Nostige Wölflchen mit goldigen Wänden segelten leise durch den letzten Nebel, und über Wäldchen umfahelnde sind den einamen Gräber Pfingstsonntag war es ja heute! Daß man doch jubeln und lachen könnte wie alle die lieblichschwingernden Vögelchen hoch dort droben! „Ach, warum wird diese Stille das lachende Regenläßel, warum laueren der Sorge quälende Geister in allen Winkeln? Und trübseligen Menschen beneideten die reichhaltigen Leute der lieblichen Waldvilla.“

Auf der Terrasse erschien in diesem Augenblick der große Portier. Mit allen Anzeichen von Furcht und Schrecken eilte er auf Werner zu und flötete: „Herr Ingenieur, ich bitte Sie, kommen Sie doch einmal mit herein! Ich weiß nicht, was mit dem jungen Herrn ist. Geringe ging ich an seinem Zimmer vorüber. Da hörte ich drinnen ein Rären und Schellen, als hätte Herr Schindler sich mit einem halben Duzend Stipbuben herum. Dabei ist er doch ganz allein in der Stube, und betruken kann er auch nicht sein, denn er sprach vor einer halben Stunde sehr vernünftig zu mir. Was bedeutet das um des Himmelswillen?“ — Auf höchste erschreckt, folgte Werner dem Alten in der Villa.

Lokales und Provinzielles.

Annaburg. Im Jahre 1923 wurden in der evangelischen Kirchengemeinde Annaburg getauft: 357 Kinder; konfirmiert: 108 Kinder; getraut: 23 Paare; beerdigt: 45, alle mit kirchlicher Begleitung. Nach dem Lebensalter hatten: 4 Kinder bis 14 Jahren, im Alter von 14-30 Jahren 4, von 30-50 Jahren 7, von 50-70 Jahren 18, über 70 Jahre 12 Personen.

Annaburg. Der Schweineversicherungs-Verein von Annaburg und Umgegend hielt am 23. Dezember 1923 seine Hauptversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht sind 27 Mitglieder neu eingetreten und 28 ausgeschieden, jedoch der Verein zur Zeit 387 Mitglieder zählt. Diese brachten 580 Schweine zur Versicherung. 67 Mitglieder meldeten keine Befehnde. Zur Entschädigung gelangten nur 16 Schweine mit 256 136 Mk., jedoch der Sterblichkeitsprozentsatz auf 2,4 Proz. gegen 3,9 Proz. im Vorjahre zurückgegangen ist. Die obligatorische Schutzimpfung erhielten 494 Schweine. Der Prämienjahrsbeitrag 5000 Mk. pro Schwein (Zuschüsse mit das doppelte) erhoben. Der Kassenertrag ergab eine Gesamtentnahme von 26955 665 185 378 Mk. Die Ausgaben erforderten 25 004 880 085 181 Mk. Demnach verbleibt ein Kassensaldo von 1 950 785 100 197 Mk. Das Gesamtvermögen am Schlusse des Geschäftsjahres betrug: 6 707 511 167 468. Laut Bericht der Kassensprüfer befand sich die Kasse in bester Ordnung, über alle Ausgaben waren Befehnde vorhanden, jedoch dem Rendanten Herrn Hoff Entlohnung erteilt wurde.

Als Jahrgangsgewinn auscheidendes Vorstandsmittel wurde Herr Krastlich durch Zufall wiedergewählt. Prämien und Entschädigung wurden in Goldwährung eingeleitet. Es wurde einstimmig beschloffen, pro Schwein und Ziege 4 Mk. Prämie zu entrichten (Zuschüsse das Doppelte). Entschädigt wird voll zum jeweiligen Tagespreis. Tiere zu und Arzneifreien werden wie bisher toll freigegeben. Der Krankeinsatz ist dem Vorstand zu melden. Das Entschädigungswort auf 1 Goldmark festgelegt. Für das Ziehen der Schweine sind 0,15 Goldmark zu entrichten. Das Entschädigen der Prämien übernimmt wie bisher der Kassener. Er erhält dafür 3/4. Der Rendant erhält für Buch- und Kassenerführung 7 Proz. Als Vertrauensleute wurden gewählt: Kassener Herr Selter, Stellvertreter Herr Jäger, ferner die Herren Conrad Müller, Torquarier, Müller, Richter, Genick, Naack. Für Kolonie und Raumbörse: Herr Schwanitz als Kassener, Stellvertreter: Herr Weinmann; ferner die Herren Wilhelm Kolbe und Bräutigam. Nebenbei zur Neuaufnahme von Schweinen aus Neuhäuser und Neugrabener nimmt Herr Jäger entgegen. Als Kassensprüfer wurden die Herren Göbzig und Wader wiedergewählt. Es wurde ferner die Wahl einer Stallhaushaltsmission beantragt. Gewählt wurden die Herren Bauer, Selter, Jaffe und Heilmann. Zum Schluss wurde beschloffen gegen zahlungsunfähige Mitglieder mit aller Schärfe vorzugehen, im Verweigerungsfalle richterliche Entscheidung herbeizuführen.

Amshausenrechnungsjahre. Der Reichsminister der Finanzen erläßt heute eine Bekanntmachung, nach der die Umrechnungsjahre für die Umsätze im Dezember 1923 auf 1 Billion Mark, für die Umsätze im vierten Kalendervierteljahr 1923 auf 502 Milliarden Mark, für die Umsätze im Kalenderjahr 1923 auf 125,5 Milliarden Mark betragen.

Torgau, 3. Januar. Nach der heutigen Bekanntmachung des Kreisamtschulusses wird das auf Papiermarkt lautende Notgeld des Kreises Torgau aufgehoben. Das wertbehaltende Notgeld dagegen bleibt noch in Kraft.

Wittenberg, 2. Januar. Ein gefährlicher Selbstmord. In Waldorf begab sich der 78 Jahre alte Fabrikverwalter Müller in einem Falle heftiger Depression in den Abt, hielt den Kopf über die Öffnung und schritt sich buchstäblich den Hals ab.

Goslar. Standhafte Zustände in der Berufsschule wurden in der letzten Sitzung der städtischen Körperschaften besprochen. Nachdem die meisten Bekehrte ihr Amt niedergelegt haben, hat nun auch der Schulleiter um seine Entlassung nachgesucht. Der Grund zu der Niederlegung ist in der Unmöglichkeit der Schüler zu erziehen, welche ihren Lehrern Disziplin anbot. Viele Schüler haben die Schule seit Monaten nicht besucht. Nielle Jugend!

Nat. und Fern.

Korkhelfende Vereinfachung der Office. Die langanhaltende Krisenperiode hat die Vereinfachung der Office sehr weit vordringen lassen, so daß Schiffsahrt und Sicherheit unter starken Einschränkungen zu leiden haben. An der ganzen deutschen Offiziersliste ist der Verkehr nur noch mit starken Dampfern möglich, und die Einfahrt in die Häfen nur mit Eisbrecherhilfe. Auch in den skandinavischen Gewässern ist die Schiffsahrt sehr erschwert. Ebenso ist in den finnischen Gewässern die Schiffsahrt durch starke Eiseisenden sehr schwierig. In den nordwestlichen Gewässern ist die Schiffsahrt gestoppt. Die Einfahrt nach Stockholm wird durch Eisbrecher ermöglicht.

Erwerbslosentravnalle. In Wesseling bei Bonn bringen Erwerbslose gewaltig in das Rathaus und das Arbeitszimmer des Bürgermeisters ein, mißhandelten den Bürgermeister, als dieser es ablehnte, höhere Unterhaltungsätze zu bewilligen, und zwangen ihn dann, ohne Gut und Mangel an einem Umzug durch den Ort teilzunehmen. Polizeibeamte aus Bonn setzten die Ordnung wieder her und verhafteten sechs Mann. Die Hauptführenden sind jedoch geflüchtet.

Denkmalschänkungen in der Berliner Siegesallee. Ein Bundesrat ist in der Berliner Siegesallee begangen worden. Auf nicht weniger als 16 Denkmäler hat ein noch unbekannter Täter unter Anwendung einer Schablonen mit roter Farbe das Wort „Volksschänder“ aufgedruckt.

Tod eines Hundertjährigen. Im Alter von hundert Jahren und sechs Monaten starb in Berlin der frühere Bauleitender Franz Josef von der Heide. Seine Frau hatte an den Revolutionstagen 1848 teilgenommen, war verwundet worden und dann nach Schweden geflüchtet. Später kehrte er nach Deutschland zurück. Sein Wanderleben führte ihn über den ganzen europäischen Kontinent und auch nach Amerika. Der Greis hatte erst mit 82 Jahren geheiratet; seine Frau war damals 42 Jahre alt.

Deutsche Kinder nach Südwestafrika? Im ehemaligen deutschen Südwestafrika ist eine Bewegung im Gange mit dem Ziele, mehrere hundert Kinder aus deutschen Waisenhäusern nach Südwestafrika überzuführen und dort zu erziehen. Die englische Regierung soll bereits ihre Zustimmung gegeben haben.

Bayerischer Bericht über das Dynamit Explosionsunglück. Der umfangreiche Bericht der bayerischen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Explosionsunglücks im Stadionsviertel Duppau bei Schwandhausen vom 21. September 1921, ist nunmehr erschienen. Zusammenfassend stellt der Bericht u. a. fest, es sei nicht zu bezweifeln, daß die Ursache des Unglücks im explosiven Zerfall von Ammoniumsalzfaltpeter zu erblicken liege. Es ergebe nicht wahrscheinlich, daß die Explosion durch Entzündung von Sprengstoffen verursacht sei, die von außen in verdröhter Weise hineingebracht wurden.

Eisenbahnunglück. Am 2. Januar fuhr ein von Wiesbaden kommender Schnellzug in einen von Wingen kommenden Personenzug hinein. Es wurden etwa 20 Verletzte festgestellt. Das Unglück soll auf ein Verlegen der Signalarbäte, verursacht durch Schneefälle und Frost, zurückzuführen sein.

Ergeben in Deutschland und Italien. In der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar wurde in Trier ein Ergeben verhängt, das mehrere Stunden andauerte. Nach minutenlangem Pause wurden weitere Ergeben wahrgenommen. Es wurde kein nennenswerter Schaden angerichtet. Die Wehen wurden auch im Nordwesten verhängt. Man vermutet, daß es sich um Ausläufer eines ernstlichen Lebens handelte. — In den adriatischen Küstenprovinzen

Stakens ist am Mittwoch ein starkes Erdbeben in nördlicher Richtung in der Dauer von zehn Sekunden verzeichnet worden. Das Beben ist vor allem in den Küstengebieten Rimini, St. Benedetto und Ortono heftig gewesen.

Paris von Hochwasser bedroht. Das Hochwasser der Seine, das seit einigen Tagen bereits die Umgebung von Paris heimtückisch, hat derart zugenommen, daß einzelne Teile der Hauptstadt als bedroht gelten. Der große Bahnhof der Paris-Orleans-Bahn am Quai d'Orsay mußte geschlossen werden. Auch der Jussieu-Bahnhof, von dem die elektrische Bahn nach Versailles abgeht, wurde geschlossen. Die Bewohner der kleinen Häuser am Quai von Auteuil wurden aufgefordert, ihre Wohnungen zu räumen. Der Weiterdienst sagt weitere Regengüsse voraus.

Diebstähle einer russischen Fürstin. Die 30jährige russische Fürstin Olga Skowitowa entwendete auf dem Gut Krogstrup bei Kopenhagen, wo sie seit Weinachten zu Gast weilt, Schmuckgegenstände im Werte von 15 000 Kronen. Die Fürstin wurde in das Gefängnis nach Helsingör übergeführt. Es ist festgestellt worden, daß während der zwei letzten Jahre, während deren sich die Fürstin in Kopenhagen aufhielt und viel in diplomatischen Kreisen verkehrte, fortgesetzt Diebstahle aus dem Kreise ihrer Bekannten vertrieben. Es wird jetzt untersucht, ob ihr auch diese Diebstähle zur Last fallen.

Verhaftung eines Schmugglerkönigs. In London wurde dieser Tage der Japaner Jutsumi Wainagawa verhaftet, der „Meister“ des orientalischen Narzotiumschmuggels, und zwar mit Hilfe der deutschen Polizei. Der Japaner war der Exanimator des ganzen Schmuggels im narzotischen Mittelmeer von nach Europa. Die deutsche Polizei hatte in Hamburg die Tätigkeit des Japaners sofort beobachtet und besonders ein wachsame Auge auf seine Korrespondenz gehabt. Es war gelungen, angebliche Sendungen von Eitelwaren, Stahlwaren, Wäffeln, Karabinern usw. zu feststellen, die nur als Deckmittel dienen für den Transport der verbotenen narzotischen Mittel. Der Schmugglerkönig hatte auch in Japan und China Niederlagen und führte eine ausgebreitete Geschäftsverbindung. In London, wo sich der Japaner zuletzt aufhielt, war inzwischen das ganze Beweismaterial zusammengetragen worden, das zur Verhaftung des japanischen Schmugglerkönigs führte.

Ein Eisenbahnunfall ins Wasser aktivist. Die am 17. Dezember in der Nähe von Rumänien stattgefundenen merkwürdigen Eisenbahnunfälle auf der Strecke Balcea-Kalus hat besonders von der Überlebendenmutter aktivist, da die Aktivistin nahe Teile des Bahndammes weggeschwemmt hatten. Als nun ein Eisenbahnwagen den Teil der Strecke verlassen wollte, wurde der ganze Zug von den Wellen ergriffen und mitgenommen, alle 27 Waggons, Lokomotive und Tender vertrieben in den Abgrund.

Großfeuer in der Zunderfabrik Gommern. Am Donnerstag Vormittag kam in der am Nordost-Ausgang von Gommern gelegenen Zunderfabrik, vermutlich durch Funkenbildung in einem Gussfenster, Feuer entstanden, das sich in kurzer Zeit auf das ganze Darrgebäude ausbreitete. In großer Gefahr stehende die übrigen umfangreichen Gebäude der ebenfallsigen Zunderfabrik. Der Schaden ist verhältnismäßig eine Stilllegung des Betriebes in der Zunderfabrik wird jedoch nicht eintreten.

Ein enttäuschtes Brivellium. Ein spanischer Obermann, der Marquis von Rivadavia, hatte einst seinen König vor der Gefangennahme durch die Mauren angebetet, indem er dessen Kleider angezogen und sich an dessen Stelle heute gekannt nehmen lassen. Nachdem nun ihm durch ein Versehen bereitet hatte, verließ der König ihn und seinen Nachkommen das Recht, leben zu lassen. Da er an dem königlichen Hofe zu bleiben und das Bewand für sich zu bewahren, das der Monarch an einem Tage irria. Durch mehrere Jahrhunderte hinweg wurde dieser Brauch beibehalten und in Madrid ist noch jetzt eine ganze Sammlung dieser königlichen Gewänder zu sehen. Unter Marquis Rivadavia hörte das Verbot jedoch auf; denn als der Marquis von Rivadavia sich wieder einmal am bestimmten Tage einfinden sollte die Königin ihn lassen, sie aber nicht bereit zu sein, worauf der Marquis auf das Recht an den Hofkammern wie an den königlichen Gewändern verzichtete.

„Hilfe, Hilfe!“ gellte es ihnen da entgegen. „Sie kriegen mich unter! Das Weib ist eine Hexe; sie hat mit ihren Feuerzungen die ganze Welt in Flammen gestellt!“ — Barmherziger Himmel, das waren ja Worte offenbaren Wahnsinns! „Herbert, du öffne doch!“ rief der Ingenieur, laut an die Tür pochend. „Ich bin es!“ — Mache auf, ich will dir helfen! —

Darauf wurde es ruhig, und nach einem Weilschen erlösten der aus erschöpfender Fiebertraum Erwachte im Rahmen der Tür. — Seine Augen hatten etwas irres, das Gesicht war verregert; es schien, als müsse er sich erst befinden, ehe er die zugetragene. Dann schaute er auf, stieß die wirren Haare aus dem Gesicht und seufzte: „Ach, ich habe so tolles Zeug geträumt! Gut, daß Jhr mich gewacht habt! Verdammt, wollte man mich, Herrgott, was ist das nur mit mir!“ — „Gehen Sie“, warnte Werner sich an den Patient. „Es ist nichts.“ Sie hören ja, der junge Herr träumte nur unruhig. Machen Sie also kein Geräde. Müller, ich beschreibe.“ Kopfschüttelnd entfernte sich der alte Mann. So etwas hatte er noch nicht erlebt. Wenn nur die Herrschaft erst zurück wäre! Der Herr Herbert müsse nicht ganz richtig sein im Kopfe. —

Und immer noch waren Herberts Sinne nicht klar. „Es ist, als wäre ein Rad in meinem Hirn zerbrochen“, seufzte er. „Das Uhrwerk läuft nicht, es muß. Die Aufregung der letzten Tage war zu groß, mein guter Werner. Du sollst die Nacht hier bei mir bleiben, dann werde ich ruhiger werden. Die schwere Sorge hast du doch von mir genommen. Allmählich sammle ich die mitgeworbenen Gedanken.“ „Doch, nur nicht wahnhaftig werden!“ Das ist das Entschuldigste, was ich dir vorzulegen vermag. —

Das währte lange, bis er schlummer fand. — Der

Freund wich nicht von seiner Seite bis zum andern Morgen. Da schien der Unfall gänzlich überwunden. Herbert fühlte sich erleichtert; sein Gedächtnis war klar wie früher, er seufzte sich nach Arbeit. Werner übergab ihm das Geld, und man sprach über die Angelegenheit weiter kein Wort. —

Liane kehrte im Laufe des Vormittags in wohliger Laune zurück, denn sie hatte sich auf Gut Seefeld bei ihrer Freundin Anni Hoderich förmlich amüsiert, war auch mit dem schneidigen Fortschritt fort den ganzen gelrigen Nachmittag zusammen gewesen. Das Gelingen lag nur eine halbe Stunde von der Oberförsterei entfernt, und der Freizeiter von Lichtfels hatte die günstige Gelegenheit, sich dem ihm gar begehrenswert erscheinenden Golbfisch zu nähern, nicht unbenutzt vorbeizulassen. — Heute stand es bereits bei ihr fest, mit Werner bei nächster Gelegenheit zu brechen und damit der ganzen bisherigen Liebesballerei ein Ende zu machen. Sollte der Alteser um ihre Hand werden, was sie nach allem für selbstverständlich hielt, so würde sie mit Freunden zugehen und auch der Ehe Fesseln nicht länger scheuen, denn in diesem stillerlichen Herrn aus allerbildestem Geschlecht sah sie endlich einen würdigen Gatten. Sie würde freitrau werden; man kaufte ein Rittergut mit einem Schloss, und die Welt sollte ihr blaues Wunder erleben. Doch jetzt käme es vor allem darauf an, den verfluchten Werner nicht vor den Kopf zu stoßen und sich möglichst gefügig aus der Affäre zu ziehen. Ein Vorwand fände sich wohl. Für falsch und treulos dürfte der fischliche Verdammnis sei nicht etwa halten, denn sonst käme die Sache womöglich an die große Glocke, und Adam von Lichtfels zöge sich am Ende zurück. Also klug sein. —

In größter Herablichkeit trat sie Werner denn nun entgegen, spazierte lang und mit ihm durch den stillen Garten,

ließ sich seine Liebesreden gefallen und plauderte recht harmlos von ihren unbedeutenden Geschehnissen in Seefeld. Nichts achtete der in neuer, heißer Leidenschaft Ergriffene von der Falschheit dieses herabwürdigen Wesens, das er sein Bräutchen nennen durfte. Immer wieder bekaufte ihn ihre Bräutchen, und alle diese vielen Bedenken, die sich ihm in den ersten Tagen und Nächten nach ihrem heimlichen Verlobnis, was auch später dann und wann störend aufgedrängt hatten, schienen heute völlig überwunden.

Vergeben war auch der gelrige Auftritt mit Herbert. Die Liebe machte ihn blind. Es entging dem Mädchen ganz und gar, daß die Gartenforte jetzt geöffnet wurde und sich plötzlich ein Zeuge ihrer Zärtlichkeiten auf der Bildfläche erschien. Und dieser Eindringling war niemand anders als Papa Albert, den die Sehnüch nach seinem Jungen wieder einmal zu einer Reize in das Land seiner Hoffnungen veranlaßt hatte. Ja, die Sehnüch! So mochte es immerhin vor der Welt stehen.

Aber wie jauchzte sein väterliches Herz, als er jetzt mit eigenen Augen erfüllt sah, was er so heiß gewünscht! Laut aufjubeln hätte er mögen! Es war ja alles erreicht! Werner Arm in Arm mit der schönen Liane! Ein Brautpaar, das wellentrich in der Liebe süßen Worten schwelgte! Sollte er nicht sofort auf die Zwei zuzeln, und — ihnen keinen väterlichen Segen erteilen? Oder — nein, nein, es wäre gewiß geheimer, sich verborgen zu halten und abzuwarten, bis sie ihm feierlich als Verlobte vorstellten. Willküch hätten sie sich heute erst gefunden, und Liane verlangte, daß Werner zunächst bei ihren Eltern offiziell um ihre Hand anflehte.

Fortsetzung folgt.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal (Mittwoch und Sonnabend) (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird halbjährlich festgelegt. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Zogauerstr. 25, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprechkreis Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-
halb Wohnbez. 10 Goldpf., für Anzeigen im
amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil
15 Goldpf. einseitig umrahmt. Schlußfrist
10 Uhr. Anzeigen nach weiteren hier
Abgabe. Abnahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 3.

Mittwoch, den 9. Januar 1924.

27. Jahrg.

Frankreichs franke Währung.

Die Wirtschaftspolitik Frankreichs mit ihrer anti-
nischen Tendenz, die Pläne eines Kontinentalblocks nicht
bloß politischer, sondern auch produktions- und vertriebs-
politischer Art gegenüber dem anglo-amerikanischen Welt-
verkehr haben nun zum offenen Kampf geführt, der ein
langames aber festes Winken des
Frankens mit sich bringen wird und das nun gegen-
über allen französischen Lebensbedingungen sehr unter-
würdig werden der Kampf gegen den Franken geht von
London aus, und wenn die andern Vorkämpfer dieser
Bewegung nachgeben, so erfüllt sich wieder einmal die nun
so oft schon erlebte Erscheinung, daß eine Währung, die
einmal ins Ausland gekommen ist, nur sehr schwer stabilis-
iert, noch schwerer aber wieder in die Höhe gebracht wer-
den kann. Höchstens nur durch Maßnahmen so tief ein-
schneidender Natur, wie sie in Deutschland, in Österreich
und in Rußland getroffen wurden.

Sicherlich aber nicht durch die rein äußerlichen
Maßregeln, die man jetzt in Paris ankündigt. „Le Boche
payera tout, der Boche wird alles bezahlen.“ Das war ja
das Schlagwort gewesen, mit dem man jetzt schärfere An-
liegen der Steuerbehörde für unwichtig erklärte. Ganz am
besten wie das doch auch „steigende“ England, das längst
nicht so gewaltige Verluste an seinem Volkvermögen er-
litten hätte wie seine Kampfgenossen, aber eine ganz ge-
waltige Generalauflösung auf sich nahm, mit Amerika einen Schulden-
liquationsplan vereinbarte und sich so wieder „erschlich
machte“. Frankreich hingegen hat für den Weltverkehr
seines zerstörten Ost- und Norddepartements ganz genaue
Summen — wobei durch Wertgeräten die Forde-
rungen noch emporgeschraubt wurden — verbraucht, die nun
durch die deutschen Reparationszahlungen heringebracht
werden sollten. Darum war das Schicksal der deutschen
finanziellen Kräfte aus englischer Verknüpfung mit der französi-
schen Währung, und es ist deutlich in der französischen De-
putiertenkammer mit Recht darauf hingewiesen worden,
daß bei der Aufgabe des deutschen Widerstandes am
Rhein und Ruhr der Frankentag, weil man an ein
langes Zusammenarbeiten Deutschlands und Frankreichs
auf wirtschaftlichem Gebiete glaubte. Dieser Glaube hat
aber getrogen; denn an die Stelle eines solchen Zusammen-
arbeitens trat eine systematische wirtschaftliche Anelung
und Wundabspaltung der deutschen Wirtschaftskräfte. Das
kann denn höchstens zu einer augenblicklichen, aber nicht zu
einer wirklich fortlaufenden Stärkung der Wirtschaftskraft
Frankreichs führen, muß vielmehr die Ausschalen auf eine
denkmalreiche oder spätere Bilanzierung des Defizitbudgets
für die Reichsrechnung zwingen immer hilfloser
machen. Und erleidet dadurch den wirtschaftlichen Kampf-
manntisch der englischen Industrie gegen den französischen
Konkurrenten.

Vor diesem Angriff verschleht man in Paris nicht
mehr die Augen; wir brauchen die französischen Beschuldi-
gungen, als seien wir die Schuldigen am Frankentag,
nicht übermäßig tragisch, kaum als ernsthaft zu nehmen.
Für uns ist es aber von gewissem Interesse, daß man nun
in Frankreich — genau wie seit Jahren bei uns — ledig-
lich an den Symptomen herumbohrt, den Kampf
gegen die Spekulation“ eröffnet. Schon klagt der Reichsprä-
sident der Finanzkommission über das „unpolitische“ Ver-
halten seiner Landsleute, die in Dollars und Pfunden „speku-
lieren“. Viel richtiger weist die sozialistische „Humanität“
darauf hin, daß das Sinken des Franken gerade vor einem
Jahr begonnen habe, nämlich bei Beginn des Ruhr-
streiks. Weil dieser den Beginn der Differenzen mit
England bedeutete. Frankreich habe — das mag hier ein-
geschaltet werden — bisher noch nicht einen Centime seiner
Schulden an England und Amerika bezahlt. Der Frank ist
jetzt gerade halb so viel wert wie vor einem Jahre!

Und gegen diese naturgemäße Entwicklung werden all-
zu schnell, von uns bereits ausprobierten und mit größtem
Mißerfolg begleiteten rein finanziellen Maßnahmen der
französischen Regierung nur für den Tag helfen, diese Ent-
wicklung aber nicht hemmen. Der französische Kenner
sieht seine Rente schwinden, — aber ob eine Regierung,
die in ein paar Monaten mit Wahlen zu rechnen hat,
sich jetzt zu dem sehr unpopulären Mittel harter Steuer-
erhöhungen wird entschließen können — und nur die Ban-
kalisierung des Staats ist eine wirkliche „Wundheilung“
der Währung — muß sehr zweifelhaft erscheinen.

Eines aber müssen wir uns vor Augen halten: die
Leidtragenden sind wir. Denn Frankreich wird versuchen,
aus uns herauszupressen, was ihm über die Verlegen-
heiten hinweggehen zu können scheint. Also ist es für

uns allerdings kein Zufall, am Anfang eines Geistes zu
haben“. Denn gerade jetzt vor den Wahlen wird man
alles daran setzen, das „La Boche payera tout“ wenigstens
teilweise zur Wahrheit zu machen.

Kernerlet deutsche Einwirkung.

In einer Meldung des Berliner Vertreters des „Paris
Parisien“, nach der in Frankfurt a. M. auf einer Konfe-
renz deutscher Bankiers die Generalopposition gegen
die französische Währung beschlossen und vorbereitet wor-
den sei, wird von zuständigen Stellen erklärt, daß in Frank-
furt keinerlei beratende Konferenz von Bankiers stattgefun-
den hat. Die ganze Meldung muß in das Reich der
Fabel verwiesen werden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Erfahrungskarte gegen Deutschland.

Vor dem gemischten Schiedsgericht, das aus einem bel-
gischen, einem deutschen und einem Schweizer Richter be-
steht, wird in Paris zum ersten Male über die Erfah-
rungskarte verhandelt, welche die Vereinigung der während des
Krieges nach Deutschland gebrachten belgischen Arbeiter
stellt. Die Vereinigung zählt 80 000 Mitglieder. Es wird
umgibt aber kein Fall verhandelt, in denen die Richter
ihre Aufgabe nachweisen wollen. Sollten die Ansprüche
anerkannt werden, so werden die übrigen Mitglieder der
Vereinigung ebenfalls ihre Forderungen geltend machen.
Dem Ausgang der Angelegenheit ist also besondere Wichtig-
keit zugumessen.

Zurückgegangene Kohlentransport-Erlasse.

Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Interalliierte
Rheinlandkommission, nachdem mit dem Brandenburger
Landsitz ein definitives Abkommen abgeschlossen wurde,
sämtliche Erlasse hinsichtlich des Kohlentransportes inner-
halb des besetzten Gebietes zurückgezogen.

Weitere Verkehrsvereinfachungen im besetzten Gebiet.

Nach Mitteilung der Düsseldorf Handelskammer ist
im Grenzverkehr auch für die Bewohner des besetzten Ge-
bietes insofern eine Erleichterung eingetreten, als die zur
Ausreise aus dem französisch besetzten Gebiet erteilten Er-
laubnisscheine in Zukunft für die Dauer von einem Jahre
gültig sein sollen.

Unschärfe
Umfa
nach
Regie
bisher
Abel

colorchecker CLASSIC

Besten
auf hin
Reichs
staates
mit Ein
also im
w, wird
abge-
ten an
tenmar

Besten
auf hin
Reichs
staates
mit Ein
also im
w, wird
abge-
ten an
tenmar

Besten
auf hin
Reichs
staates
mit Ein
also im
w, wird
abge-
ten an
tenmar

Beschäftigung von Abgeordneten in Stuttgart.

Der kommunalistische Reichstagsabgeordnete Dary und
der württembergische Landtagsabgeordnete Karl Müller
wurden in Stuttgart noch weiteren vier ehemaligen Mit-
gliedern der kommunalistischen Partei von der Kriminal-
polizei verhaftet. Von den Festgenommenen wurden alle,
mit Ausnahme des Reichstagsabgeordneten Dary wieder
auf freien Fuß gesetzt.

Deutsch-Österreich.

Finanzstelle Oelungung. Der Monat Januar bezeich-
net den Beginn der dritten Epoche des Sanierungsplans.
2,8 monatliche Defizit, das im Oktober 1923 28 Millionen
Goldfronen betrug, und nach dem Plan im ersten Halbjahr
1924 auf durchschnittlich 23,5, im zweiten auf 13,2 Millionen
Goldfronen monatlich herabgedrückt werden sollte, hat in
Wirklichkeit im ersten Halbjahr 1923 nur 14,3 monatlich
und im Durchschnitt der ersten drei Monate des zweiten
Halbjahres nur 7,4 Millionen Goldfronen monatlich betra-
gen. Für den Januar 1924 beläuft sich der Voranschlag
in den Ausgaben auf 591,8 Milliarden, in den Einnahmen
auf 512,7 Milliarden Papierfronen, das sind etwas über
5 Millionen Goldfronen.

Japan.

Bombenanschlag auf den Kaiserpalast. In Tokio fand
vor dem Palast in Abwesenheit der kaiserlichen Familie
eine Anschlagung statt, in deren Verlauf ein Korridor eine
Bombe schiederte, die jedoch nicht explodierte. In seinem
Nähe sollen drei weitere Bomben gefunden worden sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Vorschlag hat durch Vermittlung der Gemahlin
des deutschen Botschafters beim Kaiser, Frau von Bergen,
der „Mütterlichen Hilfe“ in Berlin eine Spende von 10 000
Mark zugehen lassen.

Duisburg. Der Aufsichtsbau des Separatistenführers Dor-
ten in Duisburg wurde durch die belgischen Besatzungsbehör-
den als unzureichend bezeichnet.

Paris. Die vorgeschlagenen Senatskandidaten haben,
von kleineren Veränderungen abgesehen, durchweg den bisher-
gen Bestehenden der Parteien wiederabgegeben.

Paris. „Chicago Tribune“ erzählt aus Athen, daß Prinz
Cecil und die Prinzessin Alexandra bereits in Sofia anlangt
sind. Der Erzherzog Ferdinand sei auf dem Wege nach
der bulgarischen Hauptstadt, wo man „aller Fälle eine Hilfe
seines Schicksals in Aussicht.“

Berlin. Der Reichstag wurde einstimmig zum Präsidenten
der Reichsversammlung gewählt. Als er die Kammer ver-
ließ, wurde er von einem Unwogenfeld besessen und mußte
nach Hause gebracht werden.

Zwist in der sächsischen Sozialdemokratie

Gelds Austritt gesteuert.

Dresden, 7. Januar.

Im Landtagsgebäude fand der Sozialdemokra-
tische Landessparteitag in Anwesenheit von 104
vornehmend radikalen Teilnehmern statt. Aus Berlin waren
die Abgeordneten Weiß, Wittmann und Hiffer-
ding erschienen. Zur Verhandlung stand die in diesen
Tagen vor sich gegangene Wählung der sog. großen Koalition
und die dadurch erzielte Neuwahl des Ministeriums.

Der Parteitag verlief außerordentlich feierlich und es
machte sich sogar zeitweilig eine Unterbrechung der Sitzung
notwendig. Nach längeren Debatten, in der namentlich
die radikale Richtung den Standpunkt mit großer Energie
vertrat, daß die sozialdemokratische Fraktion sich an der
großen Koalition nicht beteiligen dürfe, wurde mit einigen
70 gegen einigen 20 Stimmen eine Resolution angenommen,
in welcher der am Freitag gebildete sozialdemokratische
Ministerpräsident Heldt aufgefordert wird, von seinem
Amt sofort zurückzutreten. Die Landtagsfraktion
wird aufgefordert, für die Auflösung des Landtags
mit allen Mitteln einzutreten. Namens der gemäßigten
Fraktionsmehrheit gab der Fraktionsvorsitzende Witzich
eine Erklärung ab, daß sie den sofortigen Austritt der Partei
nicht anerkenne, ihn also nicht befehlen werde,
daß sie sich vielmehr an den Reichsparteitag wenden
wolle, der Ende März stattfindet. Auf Anregung von Leip-
zig wurde weiter ein Antrag angenommen auf Aus-
scheidung aller derjenigen Mitglieder, die die Opposition von
rechts bilden und die ein eigenes Mitteilungsblatt gegen
die Sozialistenspartei von links herauszugeben hätten.

Nach der Erklärung Witzichs verließen die gemäßigten
und die aus Berlin eingetroffenen Mitglieder der Partei,
Sifferding, Weiß und Wittmann, dementsprechend den Saal
und bestanden sich an den ferneren Verhandlungen nicht mehr.